

Kurzprotokoll Nr. 68 vom 26. Oktober 2011 (ganztägige Sitzung)

Vorsitz	Peter Kummer, Grossratspräsident, Oberaach
Anwesend	124 Mitglieder Vormittag 117 Mitglieder Nachmittag
Ort	Rathaus Weinfelden

- 1. Kantonsbürgerrechtsgesuche (08/EB 14/377).** Der Rat heisst die 3 Kantonsbürgerrechtsgesuche von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern gut. Ebenso finden die 94 Gesuche von Ausländerinnen und Ausländern die Zustimmung des Rates.
- 2. Interpellation von Peter Gubser und Josef Brägger vom 18. August 2010 "Eltern für die Schule interessieren" (08/IN 47/279) (Beantwortung).** Die Interpellanten beantragen Diskussion, die mit 44:0 Stimmen beschlossen wird.
- 3. Gesetz über die Förderung von Sport und Bewegung (Sportförderungsgesetz) (08/GE 23/325) (Redaktionslesung, Schlussabstimmung).** Die Vorlage passiert die Redaktionslesung ohne Diskussion. In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Gesetz mit 102:1 Stimmen zu. Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen. Das Gesetz unterliegt der fakultativen Volksabstimmung.
- 4. Polizeigesetz und Verordnung betreffend die Änderung der Verordnung des Grossen Rates über die Besoldung des Staatspersonals (Besoldungsverordnung) vom 18. November 1998 (08/GE 22/310).**
 - Teil I Polizeigesetz (2. Lesung).** In der 2. Lesung wird ein Antrag zu § 3 ("Polizeilicher Assistenzdienst") mit 60:38 Stimmen gutgeheissen, Abs. 2 wie folgt zu formulieren: "Die Gemeinden können zur Erfüllung ihrer Sicherheitsaufgaben den polizeilichen Assistenzdienst gegen eine kostendeckende Entschädigung beziehen." Ferner wird einem Antrag mit grosser Mehrheit zugestimmt, § 32 ("Kinder und Jugendliche") folgendermassen zu formulieren: "Über Vorladungen und Befragungen von Kindern und Jugendlichen werden die Inhaber der elterlichen Sorge beziehungsweise die gesetzliche Vertretung orientiert, soweit dadurch das Kindeswohl nicht gefährdet wird oder das Bundesrecht oder das kantonale Recht nichts anderes bestimmt." Die Redaktionslesung und Schlussabstimmung erfolgen an der nächsten Ratssitzung.
 - Teil II Verordnung betreffend die Änderung der Verordnung des Grossen Rates über die Besoldung des Staatspersonals (Besoldungsverordnung) vom 18. November 1998 (2. Lesung).** Die Vorlage passiert die 2. Lesung ohne Diskussion. Die Redaktionslesung und Schlussabstimmung erfolgen an der nächsten Ratssitzung.

5. **Planungs- und Baugesetz** (08/GE 15/272) (2. Lesung). In der 2. Lesung wird ein Antrag mit grosser Mehrheit angenommen, Abs. 1 von § 82 ("Teilung eines überbauten Grundstücks") wie folgt zu formulieren: "Soll bei einem Grundstück im Baugebiet die Grenze korrigiert werden, so benachrichtigt das Grundbuchamt nach dem Vorliegen der Geometer-Mutation die zuständige Gemeindebehörde." Der Rat heisst den Antrag zu § 86 ("Hindernisfreies Bauen") ohne Gegenstimme gut, den zweiten Satz von Abs. 1 wie folgt zu ändern: "Diese Bestimmung gilt auch für Neubauten und Erneuerungen aller Gebäude mit sechs oder mehr Wohnungen." Zudem wird mit 40:33 Stimmen einem Antrag zugestimmt, Abs. 1 mit folgendem Satz zu ergänzen: "Diese Wohnungen werden im Grundriss und hinsichtlich der Türbreite so gestaltet, dass sie im Bedarfsfall den Bedürfnissen Behinderter angepasst werden können." Im Weiteren heisst der Rat einen Antrag mit 62:43 Stimmen gut, Abs. 4 von § 92 ("Verkehrsintensive Einrichtungen") zu streichen. Schliesslich wird einem Antrag mit 68:28 Stimmen zugestimmt, Abs. 2 von § 101 mit dem neuen Randtitel "Ausnahmen in Bauzonen" wie folgt zu formulieren: "Bestehen Anzeichen dafür, dass keine baubewilligungsfreie Baute gemäss Absatz 1 erstellt wird, verlangt die Gemeindebehörde die Einreichung eines Baugesuchs." Die Redaktionslesung und Schlussabstimmung erfolgen an einer der nächsten Ratssitzungen.
6. **Gesetz betreffend die Änderung des Waldgesetzes vom 14. September 1994** (08/GE 26/357) (Eintreten, 1. Lesung). Mit Datum vom 31. Mai 2011 unterbreitet der Regierungsrat dem Grossen Rat Botschaft und Entwurf zur Teilrevision des Waldgesetzes vom 14. September 1994. Eintreten ist unbestritten. Die Vorlage passiert die 1. Lesung unverändert. Die 2. Lesung erfolgt an der nächsten Ratssitzung.
7. **Motion von Silvia Schwyter vom 27. Oktober 2010 "Änderung von § 9 des Gesetzes über das Stimm- und Wahlrecht"** (08/MO 36/293) (Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung). Der Regierungsrat beantragt, die Motion erheblich zu erklären. Nach Diskussion im Rat wird die Motion mit 101:0 Stimmen erheblich erklärt. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung der Botschaft an den Grossen Rat.
8. **Interpellation von Walter Schönholzer vom 15. September 2010 "Bewilligungspraxis zur Führung von Privatschulen"** (08/IN 49/289) (Beantwortung). Der Interpellant beantragt Diskussion, die mit 41:0 Stimmen beschlossen wird.

Traktanden 9 und 10 nicht behandelt.

Parlamentdienste des Kantons Thurgau

Zur Veröffentlichung

- im Amtsblatt
- auf Internet <http://www.tg.ch/parlament>